

Roland Jahn
DDR-6900 Jena
Käthe-Kollwitz-Str. 14
z.Z. Erkelenzdamm 67
D-1000 Berlin 61

An den
Herrn Generalsekretär
der Vereinten Nationen
Javier Perez de Cuellar
- p e r s ö n l i c h -

Berlin, 13. Juni 1983

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Am 7. Juni 1983 wurde mir gegen meinen Willen die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik entzogen. In der Nacht zum 8. Juni wurde ich dann gewaltsam in einem verschlossenen Eisenbahnabteil in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben. Dieses gegen mich angewendete Verfahren war erstmalig in der Geschichte der DDR und widerspricht den Gesetzen der DDR.

Ich habe meinen Willen, weiterhin in der DDR zu leben, öffentlich bekundet. Er wurde jedoch von der Regierung der DDR in gewalttätiger Art und Weise übergangen. Während einer Haft wegen angeblicher "Staatsverleumdung" Ende 1982 hatte ich unter starkem Druck in Aussicht gestellt, einen Ausreiseantrag nach Berlin (West) zu stellen. Diese Absicht habe ich nach meiner vorzeitigen Entlassung im Februar 1983 mit einer dem Ministerium des Inneren der DDR abgegebenen Erklärung widerrufen.

Als Bürger der DDR habe ich mich für Frieden und Entspannung eingesetzt und möchte dies auch in Zukunft tun. Die gegen mich angewendete Gewaltmaßnahme richtet sich gegen jede ernstgemeinte Friedens- und Entspannungspolitik, sie schadet der weltweiten Friedensbewegung.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, Sie setzen sich in Ihrem Amt für Frieden und Entspannung ein und geben damit vielen Menschen Hoffnung. In diesem Sinne begrüße ich Ihre Reisen in die Bundesrepublik Deutschland, nach Berlin (West) und in die Deutsche Demokratische Republik.

Ich möchte Sie bitten, sich bei Ihrem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Herrn Erich Honecker, dafür einzusetzen, daß meine Zwangsabschiebung rückgängig gemacht wird. Ich bitte Sie auch, darauf aufmerksam zu machen, daß viele DDR-Bürger, auch meine noch in Jena lebenden Freunde, durch das Vorgehen gegen mich tief verunsichert sind. Bitte wirken Sie bei Herrn Honecker darauf hin, daß denjenigen Mitgliedern der "Friedensgemeinschaft Jena", die sich unter psychischem Druck der DDR-Behörden entschlossen haben, nach Westberlin auszureisen, dort aber für sich und ihre Familien keine Zukunft sehen, die Rückkehr in die Heimat ermöglicht wird. Schließlich appelliere ich an Sie, Herr Generalsekretär, die Repräsentanten der DDR, welche demnächst einen Sitz in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen einnimmt, an ihre Verpflichtung zu erinnern, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten die Menschenrechtscharta einzuhalten und die Behinderung der Arbeit von Friedensgruppen in der DDR einzustellen.

Ich vertraue auf Ihr Verständnis und Ihr Engagement und bitte um eine Nachricht über die Ergebnisse Ihrer Besprechungen mit den führenden Politikern der DDR. Zu Ihrer Information lege ich Ausschnitte und Kopien von Artikeln über meinen Fall aus den wichtigsten deutschen Tageszeitungen sowie den Text meiner öffentlichen Protesterklärung bei.

Hochachtungsvoll!